

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204706]

28. APRIL 2023 — Ministerieller Erlass zur Aufhebung des ministeriellen Erlasses vom 13. August 2013 zur Anerkennung der Gemeinde Büllingen als Träger von zwei Notaufnahmewohnungen, gelegen in 4760 Büllingen, Am Wittumhof 7 (Erdgeschoss und Etagenwohnung)

DER VIZE-MINISTERPRÄSIDENT, MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

Aufgrund des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen, Artikel 6 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 25. Februar 2013;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

In Erwägung der Mitteilung zur Aufhebung der Anerkennung des ÖSHZ Büllingen vom 13 April 2023;

Beschließt:

Artikel 1 - Der ministerielle Erlass vom 13. August 2013 zur Anerkennung der Gemeinde Büllingen als Träger von zwei Notaufnahmewohnungen, gelegen in 4760 Büllingen, Am Wittumhof 7 (Erdgeschoss und Etagenwohnung), wird aufgehoben.

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

Art. 3 - Der in Artikel 1 genannte Träger erhält eine Abschrift des vorliegenden Erlasses.

Eupen, den 28. April 2023

Der Vize-Ministerpräsident
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204704]

28. APRIL 2023 — Ministerieller Erlass zur Aufhebung des ministeriellen Erlasses vom 21. Mai 2021 zur Anerkennung des ÖSHZ St. Vith als Träger einer Notaufnahmewohnung gelegen in 4780 St. Vith, Prümer Straße 39 (Erdgeschoss)

DER VIZE-MINISTERPRÄSIDENT, MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

Aufgrund des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen, Artikel 6 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 25. Februar 2013;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

In Erwägung des Umbaus des Wohnhauses, gelegen in 4780 St. Vith, Prümer Straße 39, zu einem Wohnhaus für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen;

Beschließt:

Artikel 1 - Der ministerielle Erlass vom 21. Mai 2021 zur Anerkennung des ÖSHZ St. Vith als Träger einer Notaufnahmewohnung gelegen in 4780 St. Vith, Prümer Straße 39 (Erdgeschoss), wird aufgehoben.

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

Art. 3 - Der in Artikel 1 genannte Träger erhält eine Abschrift des vorliegenden Erlasses.

Eupen, den 28. April 2023

Der Vize-Ministerpräsident
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204494]

22. DEZEMBER 2022 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 8 § 1 Absatz 5 und § 3 Nummern 2 und 3, Artikel 9 Absatz 2, Artikel 10 § 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 16 Absatz 3;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund der Gutachten des Finanzinspektors vom 6. Oktober 2022 und vom 18. Dezember 2022;
 Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 6. Oktober 2022;
 Aufgrund des Gutachtens Nr. 72.387/1 des Staatsrates, das am 28. November 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;
 Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;
 Nach Beratung,
 Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015 und 15. Juli 2021, wird folgende Nummer 8.1 eingefügt:

“8.1 selbstständige Co-Tagesmütter/-väter: nichtrechtsfähige Vereinigung von höchstens drei bereits anerkannten selbstständigen Tagesmüttern/-vatern an einem Ort zur gemeinsamen Kinderbetreuung;”

Art. 2 - Artikel 51 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen das Wort “Beschlusses” und den Punkt die Wortfolge “über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren” eingefügt.

2. § 1 Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

“Der Minister teilt dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung seinen Beschluss zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Dienst kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur Aussetzung oder beendet sie. Der Minister teilt dem betroffenen Dienst seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.”

3. In § 1 Absatz 5 wird der Satz “Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienst unverzüglich zugestellt.” gestrichen.

Art. 3 - In Artikel 52 Absatz 1 desselben Erlasses wird zwischen das Wort “Anerkennung” und das Wort “bei” die Wortfolge “gemäß Artikel 50 § 1 Absatz 3 oder einer Bestätigung des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 51 § 1 Absatz 4” eingefügt.

Art. 4 - In Artikel 137 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Der Tagesmütterdienst zahlt den konventionierten Tagesmüttern/-vatern, die an den in Artikel 125 erwähnten Weiterbildungen teilgenommen haben, eine Fahrtentschädigung derselben Höhe und nach denselben Berechnungsmodalitäten wie sie für die Dienstfahrten der Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind.”

Art. 5 - Artikel 147 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen das Wort “Beschlusses” und den Punkt die Wortfolge “über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren” eingefügt.

2. § 1 Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

“Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur Aussetzung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.”

3. In § 1 Absatz 5 wird der Satz “Dieser Beschluss wird der/dem konventionierten Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt.” gestrichen und die Wortfolge “des Beschlusses” durch die Wortfolge “der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse” ersetzt.

Art. 6 - In Titel 4 Kapitel 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 2.1, der den Artikel 155.1 enthält, eingefügt:

“Abschnitt 2.1 - Begleitung von selbstständigen Tagesmüttern/-vatern und Co-Tagesmüttern/-vatern”

Art. 7 - In Abschnitt 2.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 155.1 eingefügt:

“Art. 155.1 - Die Zentren für Kinderbetreuung bieten den selbstständigen Tagesmüttern/-vatern und selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vatern Begleitung und Beratung an, insbesondere vor Aufnahme ihrer Betreuungstätigkeit in Bezug auf die räumliche Gestaltung der Betreuungsräumlichkeiten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, auf die Ausarbeitung ihres pädagogischen Betreuungskonzeptes sowie auf die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen.

Die Zentren für Kinderbetreuung bieten den selbstständigen Tagesmüttern/-vatern und selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vatern mindestens einmal jährlich einen Beratungsbesuch in den Betreuungsräumlichkeiten der selbstständigen Tagesmütter/-väter und selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter an.

Die Zentren für Kinderbetreuung bieten Weiterbildungen für die selbstständigen Tagesmütter/-väter an oder genehmigen diese. Die Zentren stellen dem Fachbereich zu Beginn eines jeden Kalenderjahres die Themen der Weiterbildungen zwecks Information zu.”

Art. 8 - Artikel 160 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

“§ 2 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden: 5 Vollzeitäquivalentstellen für Dienstleitungen.”

2. § 4 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

a) Nummer 1 wird gestrichen.

b) Nummer 2 wird gestrichen.

c) Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

“4. 5 Vollzeitäquivalentstellen für die Buchhaltung, Lohnbuchhaltung und Personalverwaltung;”

d) In Nummer 10 wird zwischen das Wort “Hausmeister” und das Wort “für” die Wortfolge “und eine Raumpflege” eingefügt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

e) Folgende Nummer 11 wird eingefügt:

“11. 2 Vollzeitäquivalentstellen für sozial-pädagogisches Fachpersonal für die in Artikel 155.1 erwähnte Beratung und Begleitung der selbstständigen Tagesmütter/-väter und Co-Tagesmütter/-väter.”

3. § 4 Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

a) In Nummer 1 wird die Wortfolge “Nummern 1 bis 3 erwähnten Fachkräfte” durch die Wortfolge “Nummer 3 erwähnte Fachkraft” ersetzt.

b) In Nummer 2 wird die Wortfolge “die in Nummer 4 erwähnte Fachkraft” durch die Wortfolge “drei der in Nummer 4 erwähnten Fachkräfte” ersetzt.

c) Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:

“2.1 für zwei der in Nummer 4 erwähnten Fachkräfte: Bachelor- oder Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom;”

d) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

e) Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

“6. für die in Nummer 11 erwähnten Fachkräfte: Bachelordiplom in den Bereichen Sozialarbeit, Gesundheits- und Krankenpflgewissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Erziehungswissenschaften, Bildungswissenschaften oder ein gleichgestelltes Diplom.”

Art. 9 - In Artikel 2 Nummer 11 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird die Wortfolge “das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen” durch die Wortfolge “ein in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung anerkanntes Zentrum für Kinderbetreuung” ersetzt.

Art. 10 - Artikel 8 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

“Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein, dem ein positives ärztliches Attest beigelegt ist. Das Zentrum erstellt innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.”

2. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge “des Gutachtens” durch die Wortfolge “der Stellungnahme” ersetzt.

3. In § 3 Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022, wird die Wortfolge “ein Gutachten, das” durch die Wortfolge “eine Stellungnahme, die” ersetzt und der Satz “Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.” gestrichen.

4. In § 3 Absatz 3, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022, wird die Angabe “30” durch die Angabe “40” und die Wortfolge “des Gutachtens” durch die Wortfolge “der Stellungnahme” ersetzt.

Art. 11 - In Artikel 18 § 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird der Satz “Jede Aufnahme wird dem Zentrum im Vorfeld schriftlich mitgeteilt.” gestrichen.

Art. 12 - Artikel 19 § 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

“§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, zur gleichzeitigen Betreuung von bis zu höchstens sechs Kleinkindern und insgesamt acht Kindern beantragen, wobei die eigenen Kinder im Alter bis zu sechs Jahren in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausdehnung der Höchstanzahl ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Gewährung der Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.”

Art. 13 - Artikel 20 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 14 - In Artikel 23 § 1 Absatz 2 Nummer 12 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird zwischen das Wort “Zentrums” und das Wort “impfen” die Wortfolge “für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen” eingefügt.

Art. 15 - In Artikel 26 desselben Erlasses wird zwischen das Wort “Zentrum” und das Wort “wenden” die Wortfolge “und den Fachbereich” eingefügt.

Art. 16 - Artikel 29.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

“In Abweichung von Absatz 3 ist die Höchstanzahl der in Anwendung der Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze auf die in Artikel 19 § 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt, insofern für jeden zusätzlichen Betreuungsplatz folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. die im Rahmen einer Ausdehnung der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, bezuschussten Betreuungsplätze sind jährlich durchschnittlich an mindestens zwei Tagen pro Woche durch Ganztagsbetreuungen belegt. Schließungstage der selbstständigen Tagesmütter/-väter werden für die Berechnung des Jahresdurchschnitts nicht berücksichtigt.

2. die selbstständigen Tagesmütter/-väter reichen bis zum 31. Januar des Folgejahres ein Anwesenheitsregister bei dem Fachbereich ein, aus dem hervorgeht, dass sie die in Nummer 1 aufgeführte Bedingung erfüllen.”

2. Folgender § 3 wird eingefügt

“§ 3 - Betreuen die selbstständigen Tagesmütter/-väter eigene Kinder, wird der Zuschuss im Verhältnis zu der Dauer der Belegung eines bezuschussten Betreuungsplatzes durch das eigene Kind gekürzt. Zu diesem Zweck setzen die selbstständigen Tagesmütter/-väter den Fachbereich vor Betreuungsbeginn schriftlich über die Betreuungstage und die Betreuungsdauer des eigenen Kindes in Kenntnis.”

Art. 17 - In Artikel 30 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

“Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die an Weiterbildungen teilnehmen, die das Zentrum anbietet oder genehmigt, können eine Fahrentschädigung derselben Höhe und nach denselben Berechnungsmodalitäten, wie sie für die Dienstfahrten der Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind, erhalten.”

Art. 18 - Artikel 31 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 20. Mai 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge “ein Gutachten, das” durch die Wortfolge “eine Stellungnahme, die” ersetzt und der Satz “Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.” gestrichen.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge “des Gutachtens” durch die Wortfolge “der Stellungnahme” ersetzt.

Art. 19 - In Artikel 32 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

“In Abweichung von Absatz 2 kann der Zuschuss für annehmbare Funktionskosten gemäß Artikel 29.2 als Vorschuss gezahlt werden. Stellt der Fachbereich fest, dass gemäß der Anwendung des vorliegenden Erlasses keine Auszahlung oder eine geringere Auszahlung hätte erfolgen sollen, fordert er den zu Unrecht ausgezahlten Betrag zurück.”

Art. 20 - Artikel 34 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 werden die Sätze “Ist der Antrag vollständig, prüft das Zentrum die Eignung des Kandidaten. Dazu berücksichtigt das Zentrum die erzieherische Kompetenz, die zeitliche Verfügbarkeit, die Hygieneverhältnisse und die räumlichen Betreuungsmöglichkeiten, das sozial-familiäre Umfeld sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum und den Erziehungsberechtigten.” durch den Satz “Ist der Antrag vollständig, erstellt das Zentrum eine Stellungnahme zur Beschaffenheit der Räumlichkeiten, zum Betreuungskonzept sowie zur Motivation des Antragstellers.” ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

“Das Zentrum erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.”

3. In § 1 Absatz 3 wird die Angabe “60” durch die Angabe “40” und die Wortfolge “des Gutachtens” durch die Wortfolge “der Stellungnahme” ersetzt.

Art. 21 - Artikel 35 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

“Art. 35 - § 1 - Die Anerkennung wird für den Zeitraum bis zum Erreichen der in Artikel 8 § 1 festgelegten Höchstaltersgrenze erteilt.

Wird gemäß Artikel 8 § 2 eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze gewährt, wird die gemäß Absatz 1 erteilte Anerkennung für den in der Ausnahmegenehmigung vorgesehenen Zeitraum verlängert.

Der Antragsteller kann die Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Anerkennung beginnen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann die Anerkennung in begründeten Ausnahmefällen für eine geringere Dauer erteilt werden.”

Art. 22 - Artikel 38 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge “ein Gutachten, das” durch die Wortfolge “eine Stellungnahme, die” ersetzt und der Satz “Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.” gestrichen.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge “des Gutachtens” durch die Wortfolge “der Stellungnahme” ersetzt.

Art. 23 - Artikel 41 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen das Wort “Beschlusses” und den Punkt die Wortfolge “über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren” eingefügt.

2. § 1 Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

“Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur Aussetzung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt."

3. In § 1 Absatz 5 wird der Satz "Dieser Beschluss wird der/dem selbstständigen Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt." gestrichen und die Wortfolge "des Beschlusses" durch die Wortfolge "der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse" ersetzt.

Art. 24 - In Artikel 42 Absatz 1 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "Anerkennung" und das Wort "bei" die Wortfolge "gemäß Artikel 40 § 1 Absatz 3 oder einer Bestätigung des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 41 § 1 Absatz 4" eingefügt.

Art. 25 - Artikel 50 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "betreffenden Alter" durch die Wortfolge "Alter bis zu sechs Jahren" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "betreffenden Alter" durch die Wortfolge "Alter bis zu sechs Jahren" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur" gestrichen und die Wortfolge "betreffenden Alter" durch die Wortfolge "Alter bis zu sechs Jahren" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "ein Gutachten, das" durch die Wortfolge "eine Stellungnahme, die" ersetzt und der Satz "Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ." gestrichen.

5. In § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge "des Gutachtens" durch die Wortfolge "der Stellungnahme" ersetzt.

6. § 3 Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

"Die Ausdehnung der Höchstanzahl ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden."

7. Folgender § 4 wird eingefügt:

"§ 4 - Ungeachtet der gemäß den §§ 1-3 festgelegten Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, können im Falle einer akuten Krankheit einer/s selbstständigen Tagesmutter/-vaters bis zu drei Betreuungskinder gleichzeitig auf jeweils eine/n andere/n selbstständige/n Tagesmutter/-vater zur Betreuung verteilt werden, ohne dass die Anzahl von neun gleichzeitig anwesenden Kindern pro selbständiger/m Tagesmutter/-vater überschritten wird. Die Krankheit wird durch eine ärztliche Krankschreibung belegt.

Die in Absatz 1 erwähnte Abweichung ist auf eine Zeitspanne von höchstens 14 Kalendertagen pro Krankheitsfall begrenzt.

Die Abweichung ist dem Fachbereich unmittelbar schriftlich, vorzugsweise per E-Mail, mitzuteilen."

Art. 26 - Artikel 50.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu § 1 Absatz 1.

2. Absatz 5 wird zu § 2 Absatz 1.

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 ist die Höchstanzahl der in Anwendung von § 1 Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze auf die in Artikel 19 § 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt, insofern für jeden zusätzlichen Betreuungsplatz folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. die im Rahmen einer Ausdehnung der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, bezuschussten Betreuungsplätze sind jährlich durchschnittlich an mindestens zwei Tagen pro Woche durch Ganztagsbetreuungen belegt. Schließungstage der selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter werden für die Berechnung des Jahresdurchschnitts nicht berücksichtigt.

2. die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter reichen bis zum 31. Januar des Folgejahres ein Anwesenheitsregister bei dem Fachbereich ein, aus dem hervorgeht, dass sie die in Nummer 1 aufgeführte Bedingung erfüllen."

Art. 27 - Artikel 53 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "ein Gutachten, das" durch die Wortfolge "eine Stellungnahme, die" ersetzt und der Satz "Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ." gestrichen.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "des Gutachtens" durch die Wortfolge "der Stellungnahme" ersetzt.

Art. 28 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 58.2 eingefügt:

"Art. 58.2 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die zum 1. Januar 2023 bereits anerkannt sind, gelten für die in den Anerkennungszusagen der betroffenen selbstständigen Tagesmütter/-väter festgelegten Dauer weiterhin als anerkannt.

Die zum 1. Januar 2023 gemäß den Artikeln 19 § 2 oder 50 § 3 erteilten Ausnahmegenehmigungen behalten für die in den Ausnahmegenehmigungen festgelegten Dauern weiterhin ihre Gültigkeit."

Art. 29 - In Nummer 6 des Anhangs desselben Erlasses wird zwischen das Wort "Zentrums" und das Wort "impfen" die Wortfolge "für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen" eingefügt.

Art. 30 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2023 in Kraft, mit Ausnahme von: 1. Artikel 8 Nummer 2 Buchstabe e) und Nummer 3 Buchstaben d) und e), die mit Wirkung vom 1. Oktober 2022 in Kraft treten. 2. Artikel 8 Nummer 1, Nummer 2 Buchstaben a) bis c) und Nummer 3 Buchstaben a) bis c), die mit Wirkung vom 1. November 2022 in Kraft treten.

Art. 31 - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Dezember 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/204494]

22 DECEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants ainsi que l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 7, alinéas 3 et 4, l'article 8, § 1^{er}, alinéa 5, et § 3, 2^o et 3^o, l'article 9, alinéa 2, l'article 10, § 2, l'article 11, alinéa 2, l'article 12, alinéa 2, et l'article 16, alinéa 3;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu les avis de l'Inspecteur des Finances, donnés le 6 octobre 2022 et le 18 décembre 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 octobre 2022;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 72.387/1, donné le 28 novembre 2022, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015 et 15 juillet 2021, il est inséré un 8.1^o rédigé comme suit :

« 8.1^o co-accueillants autonomes : une association de fait regroupant au plus trois accueillants autonomes déjà agréés, en un seul lieu, aux fins d'un accueil d'enfants commun; ».

Art. 2. À l'article 51 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est complétée par les mots « sur la suspension d'urgence »;

2^o dans le § 1^{er}, les alinéas 3 et 4 sont remplacés par ce qui suit :

« Le ministre communique immédiatement sa décision de suspension d'urgence au service d'accueil concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, le service peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de suspension ou y met fin. Le ministre communique immédiatement sa décision au service concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 3, la décision est considérée comme confirmée. »;

3^o dans le § 1^{er}, alinéa 5, la phrase « Cette décision est notifiée sans délai au service concerné. » est abrogée.

Art. 3. Dans l'article 52, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « conformément à l'article 50, § 1^{er}, alinéa 3, ou en cas de confirmation de la décision de suspension de l'agrégation conformément à l'article 51, § 1^{er}, alinéa 4 » sont insérés entre les mots « l'agrégation » et les mots « , le service d'accueil ».

Art. 4. L'article 137 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

“ Le service d'accueillants d'enfants liquide une indemnité de déplacement, d'un montant égal à celle prévue pour les déplacements de service des agents du Ministère de la Communauté germanophone et calculée selon les mêmes modalités, aux accueillants conventionnés qui ont participé aux formations continues mentionnées à l'article 125. ”

Art. 5. À l'article 147 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est complétée par les mots « sur la suspension d'urgence »;

2^o dans le § 1^{er}, les alinéas 3 et 4 sont remplacés par ce qui suit :

« Le ministre communique immédiatement sa décision de suspension d'urgence à l'accueillant conventionné concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, l'accueillant conventionné peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de suspension ou y met fin. Le ministre communique immédiatement sa décision à l'accueillant conventionné concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 3, la décision est considérée comme confirmée. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 5, la phrase « Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant conventionné concerné. » est abrogée et les mots « de la décision » sont remplacés par les mots « des décisions mentionnées dans le présent paragraphe ».

Art. 6. Dans le titre 4, chapitre 1^{er}, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, il est inséré une section 2.1, comportant l'article 155.1, intitulée comme suit :

« Section 2.1 - Accompagnement des accueillants et co-accueillants autonomes ».

Art. 7. Dans la section 2.1 du même arrêté, il est inséré un article 155.1 rédigé comme suit :

« Art. 155.1 - Les centres d'accueil proposent aux accueillants autonomes et aux co-accueillants autonomes de les accompagner et de leur fournir des conseils, en particulier avant le lancement de leur activité d'accueil, en ce qui concerne l'aménagement des locaux d'accueil conformément aux prescriptions légales, l'élaboration de leur concept d'accueil pédagogique ainsi que les conditions-cadres juridiques et fiscales.

Les centres d'accueil proposent aux accueillants autonomes et aux co-accueillants autonomes une visite de conseil organisée au moins une fois par an dans les locaux d'accueil des accueillants autonomes et des co-accueillants autonomes.

Les centres d'accueil proposent des formations continues aux accueillants autonomes ou approuvent ces dernières. En début d'année calendrier, les centres notifient au département les thèmes des formations continues, à titre d'information. »

Art. 8. À l'article 160 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Peuvent être subsidiés les frais de personnel des centres d'accueil suivants : 5 équivalents temps plein pour des services. »;

2° au § 4, alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

a) le 1° est abrogé;

b) le 2° est abrogé;

c) le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° 5 équivalents temps plein pour la comptabilité, la gestion des salaires et la gestion du personnel; »;

d) au 10°, les mots « et un technicien de surface » sont insérés entre le mot « concierge » et les mots « pour les lieux » et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

e) l'alinéa est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° 2 équivalents temps plein pour le personnel sociopédagogique spécialisé aux fins de l'accompagnement des accueillants et co-accueillants autonomes et de la fourniture de conseils à ceux-ci, tel que mentionné à l'article 155.1. »;

3° au § 4, alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

a) dans le 1°, les mots « les professionnels mentionnés au 1° à 3° » sont remplacés par les mots « le professionnel mentionné au 3° »;

b) dans le 2°, les mots « le professionnel mentionné au 4° » sont remplacés par les mots « trois des professionnels mentionnés au 4° »;

c) il est inséré un 2.1° rédigé comme suit :

« 2.1° pour deux des professionnels mentionnés au 4° : un diplôme de bachelor ou de master ou tout diplôme y assimilé; »

d) dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

e) l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° pour les professionnels mentionnés au 11° : un diplôme de bachelor dans le domaine du travail social, en sciences sanitaires et infirmières, en pédagogie, en psychologie, en sciences de l'éducation ou en sciences pédagogiques, ou tout diplôme y assimilé. »

Art. 9. Dans l'article 2, 11°, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les mots « le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes » sont remplacés par les mots « un centre d'accueil agréé en application de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants ».

Art. 10. À l'article 8 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour ce faire, ils introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite accompagnée d'un certificat médical positif. Dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. »;

2° (concerne le texte allemand);

3° dans le § 3, alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 septembre 2022, la phrase « A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif. » est abrogée;

4° dans le § 3, alinéa 3, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 septembre 2022, le mot « trente » est remplacé par le mot « quarante ».

Art. 11. Dans l'article 18, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, la phrase « Tout accueil d'un stagiaire est préalablement communiqué par écrit au centre. » est abrogée.

Art. 12. Dans l'article 19 du même arrêté, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Par dérogation au § 1^{er}, les accueillants autonomes peuvent demander une extension du nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, afin de pouvoir accueillir simultanément au plus six jeunes enfants et huit enfants au total, leurs propres enfants âgés jusqu'à six ans étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément.

Pour ce faire, les accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les trente jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre.

Dans les quarante jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou, selon le cas, le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'extension du nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est réputée refusée.

Une extension du nombre maximal d'enfants est possible à la condition que les capacités en matière de locaux le permettent. Une telle extension peut être accordée au plus tôt après un an d'activité.

Le département joint l'octroi de l'extension du nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément au dossier d'agrément de l'accueillant autonome. »

Art. 13. L'article 20 du même arrêté est abrogé.

Art. 14. Dans l'article 23, § 1^{er}, alinéa 2, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, le 12^o est complété par les mots « pour le développement sain des enfants et des jeunes ».

Art. 15. Dans l'article 26 du même arrêté, les mots « et au département » sont insérés entre les mots « au centre » et les mots « en cas de désaccord ».

Art. 16. À l'article 29.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, le nombre maximal de places d'accueil subsidiées en application des alinéas 1^{er} et 2 est limité au nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément mentionné à l'article 19, § 2, pour autant que, pour chaque place d'accueil supplémentaire, les conditions suivantes soient remplies :

1^o les places d'accueil subsidiées dans le cadre d'une extension du nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément sont occupées chaque année en moyenne au moins deux jours par semaine par des gardes d'une journée complète. Les jours de non-accueil des accueillants autonomes ne sont pas pris en compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

2^o les accueillants autonomes soumettent au département, pour le 31 janvier de l'année suivante, un registre des présences, dont il ressort qu'ils remplissent la condition mentionnée au 1^o. »;

2^o l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Si les accueillants autonomes gardent leurs propres enfants, le subside est réduit au prorata de la durée d'occupation d'une place d'accueil subsidiée par leur propre enfant. À cette fin, les accueillants autonomes communiquent au département par écrit, avant le début de la garde, les jours et la durée de garde de leur propre enfant. »

Art. 17. L'article 30 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les accueillants autonomes qui participent à des formations continues proposées ou approuvées par le centre peuvent recevoir une indemnité de déplacement d'un montant égal à celle prévue pour les déplacements de service des agents du Ministère de la Communauté germanophone et calculée selon les mêmes modalités. »

Art. 18. À l'article 31 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 20 mai 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, la phrase « À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif. » est abrogée;

2^o (concerne le texte allemand).

Art. 19. Dans l'article 32 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, il est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le subside pour les frais de fonctionnement admissibles conformément à l'article 29.2 peut être liquidé sous forme d'avance. Si le département constate qu'aucune liquidation n'aurait dû avoir lieu ou qu'un montant réduit aurait dû être liquidé en application du présent arrêté, il procède à la récupération du montant liquidé indûment. »

Art. 20. À l'article 34 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les phrases « Si la demande est complète, le centre vérifie l'aptitude du candidat. Pour ce, le centre tient compte de la compétence éducative, de la disponibilité, des conditions d'hygiène et des possibilités d'accueil offertes par les locaux, de l'environnement socio-familial, ainsi que de la disposition à collaborer avec le centre et les personnes chargées de l'éducation. » sont remplacées par la phrase « Si la demande est complète, le centre établit un avis relatif aux caractéristiques des locaux, au concept d'accueil et à la motivation du demandeur. »;

2^o dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. »;

3^o dans le § 1^{er}, alinéa 3, le chiffre « 60 » est remplacé par le chiffre « 40 ».

L'article 35 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

Art. 21. § 1^{er} - L'agrément est octroyée pour la période allant jusqu'à la limite d'âge maximal, fixée à l'article 8, § 1^{er}.

Si, conformément à l'article 8, § 2, une dérogation à la limite d'âge maximal fixée est accordée, l'agrément octroyée conformément à l'alinéa 1^{er} est prorogée pour la période prévue dans la dérogation.

Le demandeur ne peut débiter l'accueil d'enfants qu'après avoir reçu l'agrément.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, l'agréation peut être octroyée, dans des cas exceptionnels motivés, pour une durée inférieure. »

Art. 22. À l'article 38 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 2, la phrase « A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif. » est abrogée;
- 2° (concerne le texte allemand).

Art. 23. À l'article 41 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est complétée par les mots « sur la suspension d'urgence »;
- 2° dans le § 1^{er}, les alinéas 3 et 4 sont remplacés par ce qui suit :

« Le ministre communique immédiatement sa décision de suspension d'urgence à l'accueillant autonome concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, l'accueillant autonome peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de suspension ou y met fin. Le ministre communique immédiatement sa décision à l'accueillant autonome concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 3, la décision est considérée comme confirmée. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 5, la phrase « Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant autonome concerné. » est abrogée et les mots « de la décision » sont remplacés par les mots « des décisions mentionnées dans le présent paragraphe ».

Art. 24. Dans l'article 42, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « conformément à l'article 40, § 1^{er}, alinéa 3, ou en cas de confirmation de la décision de suspension de l'agréation conformément à l'article 41, § 1^{er}, alinéa 4 » sont insérés entre les mots « l'agréation » et les mots « , l'accueillant autonome ».

Art. 25. À l'article 50 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge » sont remplacés par les mots « leurs propres enfants âgés jusqu'à six ans étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge » sont remplacés par les mots « leurs propres enfants âgés jusqu'à six ans étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément »;

3° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « une dérogation temporaire au nombre » sont remplacés par les mots « une extension du nombre », et les mots « leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge » sont remplacés par les mots « leurs propres enfants âgés jusqu'à six ans étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément »;

4° dans le § 3, alinéa 2, la phrase « A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif. » est abrogée;

5° (concerne le texte allemand);

6° dans le § 3, l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« Une extension du nombre maximal d'enfants est possible à la condition que les capacités en matière de locaux le permettent. Une telle extension peut être accordée au plus tôt après un an d'activité. »;

7° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Nonobstant le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, fixé conformément aux § 1^{er} à 3, en cas de maladie aiguë d'un accueillant autonome, jusqu'à trois enfants gardés peuvent être simultanément confiés à un autre accueillant autonome aux fins de leur garde, sans dépasser le nombre de neuf enfants présents simultanément par accueillant autonome. La maladie est attestée par un certificat médical.

La dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} est limitée à une période de quatorze jours calendrier au maximum par cas de maladie.

La dérogation doit être communiquée sans délai par écrit au département, de préférence par courriel. »

Art. 26. À l'article 50.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} devient le § 1^{er}, alinéa 1^{er};

2° l'alinéa 5 devient le § 2, alinéa 1^{er};

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le nombre maximal de places d'accueil subsidiées en application du § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, est limité au nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément mentionné à l'article 19, § 2, pour autant que, pour chaque place d'accueil supplémentaire, les conditions suivantes soient remplies :

1° les places d'accueil subsidiées dans le cadre d'une extension du nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément sont occupées chaque année en moyenne au moins deux jours par semaine par des gardes d'une journée complète. Les jours de non-accueil des co-accueillants autonomes ne sont pas pris en compte dans le calcul de la moyenne annuelle;

2° les co-accueillants autonomes soumettent au département, pour le 31 janvier de l'année suivante, un registre des présences, dont il ressort qu'ils remplissent la condition mentionnée au 1^o. »

Art. 27. À l'article 53, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, la phrase « A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif. » est abrogée;

2° (concerne le texte allemand).

Art. 28. Dans le même arrêté, il est inséré un article 58.2 rédigé comme suit :

« *Art. 58.2* - Les accueillants autonomes déjà agréés au 1^{er} janvier 2023 restent agréés pour la durée fixée dans les agréments octroyées aux accueillants autonomes concernés.

Les dérogations accordées au 1^{er} janvier 2023 en vertu de l'article 19, § 2, ou de l'article 50, § 3, restent valables pour les durées fixées dans lesdites dérogations. »

Art. 29. Le 6^o de l'annexe du même arrêté est complété par les mots « pour le développement sain des enfants et des jeunes ».

Art. 30. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023, à l'exception : 1^o des 2^o, e), et 3^o, d) et e), de l'article 8, qui produisent leurs effets le 1^{er} octobre 2022; 2^o des 1^o, 2^o, a) à c), et 3^o, a) à c), de l'article 8, qui produisent leurs effets le 1^{er} novembre 2022.

Art. 31. Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 22 décembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,
L. KLINKENBERG

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204494]

22 DECEMBER 2022. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, derde en vierde lid, artikel 8, § 1, vijfde lid, en § 3, 2^o en 3^o, artikel 9, tweede lid, artikel 10, § 2, artikel 11, tweede lid, artikel 12, tweede lid, en artikel 16, derde lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op de adviezen van de inspecteur van Financiën, gegeven op 6 oktober 2022 en op 18 december 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 6 oktober 2022;

Gelet op advies 72.387/1 van de Raad van State, gegeven op 28 november 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015 en 15 juli 2021, wordt een bepaling onder 8.1^o ingevoegd, luidende:

"8.1^o zelfstandige mede-onthaalouders: vereniging zonder rechtspersoonlijkheid van hoogstens drie reeds erkende zelfstandige onthaalouders op een plaats voor gemeenschappelijke kinderopvang;"

Art. 2. In artikel 51 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in paragraaf 1 wordt het eerste lid aangevuld met de woorden "over de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid";

2^o in paragraaf 1 worden het derde en vierde lid vervangen als volgt:

"De Minister deelt zijn beslissing tot schorsing wegens dringende noodzakelijkheid zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst voor kinderopvang. De dienst kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Hij wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokken dienst is gehoord, wordt de schorsingsbeslissing door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het derde lid, geldt de beslissing als bevestigd."

3^o in § 1, vijfde lid, wordt de zin "Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienst." opgeheven.

Art. 3. In artikel 52, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "geschorst" vervangen door de woorden "geschorst overeenkomstig artikel 50, § 1, derde lid, of de beslissing tot schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 51, § 1, vierde lid".

Art. 4. Artikel 137 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De dienst voor onthaalouders betaalt aan de aangesloten onthaalouders die aan de voortgezette opleidingen bedoeld in artikel 125 hebben deelgenomen, een reiskostenvergoeding waarvan het bedrag en de berekeningsregels overeenstemmen met die voor dienstverplaatsingen van ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.”

Art. 5. In artikel 147 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het eerste lid aangevuld met de woorden “over de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid”;

2° in paragraaf 1 worden het derde en het vierde lid vervangen als volgt:

“De Minister deelt zijn beslissing tot schorsing wegens dringende noodzakelijkheid zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken onthaalouder. De aangesloten onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de schorsingsbeslissing door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken aangesloten onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het derde lid, geldt de beslissing als bevestigd.”;

3° in § 1, vijfde lid, wordt de zin “Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken aangesloten onthaalouder bezorgd.” opgeheven en worden de woorden “van de beslissing” vervangen door de woorden “van de in de vorige paragraaf genoemde beslissingen”.

Art. 6. In titel 4, hoofdstuk 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 2.1 ingevoegd, die artikel 155.1 bevat, luidende:

“Afdeling 2.1 - Begeleiding van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders”.

Art. 7. In afdeling 2.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 155.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 155.1 - De centra voor kinderopvang bieden de zelfstandige onthaalouders en zelfstandige mede-onthaalouders, in het bijzonder voordat deze hun opvangactiviteit aanvangen, begeleiding en advies omtrent de inrichting van de opvangruimten overeenkomstig de wettelijke voorschriften, omtrent de uitwerking van hun pedagogische kinderopvangconcept en omtrent de juridische en fiscale raamvoorwaarden.

De centra voor kinderopvang bieden de zelfstandige onthaalouders en zelfstandige mede-onthaalouders minstens eenmaal jaarlijks een adviesbezoek in de opvangruimten van de zelfstandige onthaalouders en zelfstandige mede-onthaalouders aan.

De centra voor kinderopvang bieden voortgezette opleidingen voor zelfstandige onthaalouders aan of keuren dergelijke opleidingen goed. Bij het begin van elk kalenderjaar bezorgen de centra de onderwerpen van de voortgezette opleidingen ter informatie aan het departement.”

Art. 8. In artikel 160 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 wordt het eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, vervangen als volgt:

“§ 2 - De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden: vijf VTE-betrekkingen voor dienstleidingen.”;

2° in § 4, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) de bepaling onder 1° wordt opgeheven;

b) de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

c) de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt:

“4° vijf VTE-betrekkingen voor de boekhouding, de loonboekhouding en het personeelsbeheer;”

d) in de bepaling onder 10° worden de woorden “en een poetsmedewerker” ingevoegd tussen het woord “conciërge” en het woord “voor” en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

e) het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende:

“11° twee VTE-betrekkingen voor sociaal-pedagogisch geschoold personeel voor de in artikel 155.1 vermelde adviesverlening en begeleiding die wordt geboden aan de zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders.”;

3° in § 4, tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) in de bepaling onder 1° worden de woorden “vakkrachten vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3°” vervangen door de woorden “vakkracht vermeld in de bepaling onder 3°”;

b) in de bepaling onder 2° worden de woorden “de vakkracht” vervangen door de woorden “drie van de vakkrachten”;

c) er wordt een bepaling onder 2.1° ingevoegd, luidende:

“2.1 voor twee van de vakkrachten vermeld in de bepaling onder 4°: bachelor- of masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma;”

d) in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

e) het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

“6° voor de vakkrachten vermeld in de bepaling onder 11°: een bachelordiploma op het gebied van sociaal werk, sanitaire en verpleegkundige wetenschappen, pedagogie, psychologie, opvoedingswetenschappen, vormingswetenschappen of een daarmee gelijkgesteld diploma.”

Art. 9. In artikel 2, 1^o, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de woorden "het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren" vervangen door de woorden "een centrum voor kinderopvang dat erkend is met toepassing van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang".

Art. 10. In artikel 8 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in paragraaf 2 wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in en voegen ze daarbij een positief medisch attest. Binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.;"

2^o in § 2, derde lid, wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt";

3^o in § 3, tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022, worden de woorden "een advies op en bezorgt" vervangen door de woorden "een standpunt op en zendt het dat standpunt over" en wordt de zin "Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies." opgeheven;

4^o in § 3, derde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022, wordt het getal "30" vervangen door het getal "40" en wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt".

Art. 11. In artikel 18, § 2, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt de zin "Indien een stagiair wordt opgenomen, wordt dit vooraf schriftelijk meegedeeld aan het centrum." opgeheven.

Art. 12. In artikel 19 van hetzelfde besluit wordt paragraaf 2 vervangen als volgt:

"§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders aanvragen om het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen te verhogen tot hoogstens zes baby's of peuters en tot in totaal acht kinderen, waarbij de eigen kinderen van nul tot zes jaar in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het standpunt van het centrum of, al naargelang het geval, na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen wordt toegestaan. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De verhoging van het maximale aantal is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De verhoging kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de toekenning van de verhoging van het maximale aantal tegelijk opgevangen kinderen toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder."

Art. 13. Artikel 20 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 14. In artikel 23, § 1, tweede lid, 12^o, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt het woord "centrum" vervangen door de woorden "centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren".

Art. 15. In artikel 26 van hetzelfde besluit wordt het woord "centrum" vervangen door de woorden "centrum en het departement".

Art. 16. In artikel 29.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o paragraaf 1 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"In afwijking van het derde lid is het maximumaantal opvangplaatsen dat met toepassing van het eerste en het tweede lid wordt gesubsidieerd, beperkt tot het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters, voor zover voor elke extra opvangplaats aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1^o de opvangplaatsen die worden gesubsidieerd in het kader van een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters, zijn, over het hele jaar genomen, gemiddeld minstens twee dagen per week voor hele dagen bezet. Sluitingsdagen van zelfstandige onthaalouders tellen niet mee voor de berekening van het jaarlijkse gemiddelde;

2^o uiterlijk op 31 januari van het volgende jaar dienen de zelfstandige onthaalouders bij het departement een aanwezigheidsregister in waaruit blijkt dat ze voldoen aan de voorwaarde vermeld in 1^o.;"

2^o het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 - Als zelfstandige onthaalouders eigen kinderen opvangen, wordt de subsidie verminderd in verhouding tot de duur dat een gesubsidieerde opvangplaats door een eigen kind wordt bezet. Daartoe delen de zelfstandige onthaalouders de op hun eigen kinderen betrekking hebbende opvangdagen en opvangduur vóór het begin van de opvang schriftelijk mee aan het departement."

Art. 17. Artikel 30 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De zelfstandige onthaalouders die deelnemen aan de voortgezette opleidingen die het centrum aanbiedt of goedkeurt, kunnen een reiskostenvergoeding ontvangen waarvan het bedrag en de berekeningsregels overeenstemmen met die voor dienstverplaatsingen van ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 18. In artikel 31 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 20 mei 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in het tweede lid worden de woorden "advies op en zendt het over" vervangen door de woorden "standpunt op en zendt het dat standpunt over" en wordt de zin "Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies." opgeheven;

2^o in het derde lid wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt".

Art. 19. In artikel 32 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een derde lid ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het tweede lid kan de subsidie voor aanneembare werkingskosten overeenkomstig artikel 29.2 vooruitbetaald worden. Het departement vordert het ten onrechte uitbetaalde bedrag terug indien het vaststelt dat er overeenkomstig dit besluit geen uitbetaling of een lagere uitbetaling had moeten gebeuren."

Art. 20. In artikel 34 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de zinnen "Indien de aanvraag volledig is, onderzoekt het centrum of de aanvrager geschikt is. Daarbij houdt het centrum rekening met de opvoedkundige competenties, de beschikbare tijd, de hygiënische omstandigheden, de ruimtelijke opvangmogelijkheden, de sociale en familiale omgeving, alsook de bereidheid om samen te werken met het centrum en de personen belast met de opvoeding." vervangen door de zin "Indien de aanvraag volledig is, stelt het centrum een standpunt op over de inrichting van de ruimten, het opvangconcept en de redenen waarom de aanvrager als zelfstandige onthaalouder wil werken.;"

2° in paragraaf 1 wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum op basis van zijn bevindingen een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.;"

3° in § 1, derde lid, wordt het getal "60" vervangen door het getal "40" en wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt".

Art. 21. Artikel 35 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 35 - § 1 - De toegekende erkenning blijft geldig tot de in artikel 8, § 1, vastgelegde bovenste leeftijdsgrens is bereikt.

Als overeenkomstig artikel 8, § 2, een afwijking van de vastgelegde bovenste leeftijdsgrens wordt toegestaan, wordt de overeenkomstig het eerste lid toegekende erkenning verlengd voor de duur van de toegestane afwijking.

De aanvrager kan de kinderopvang pas na ontvangst van de erkenning aanvangen.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kan de erkenning in gemotiveerde uitzonderingsgevallen voor kortere duur toegekend worden."

Art. 22. In artikel 38 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "advies op en zendt het over" vervangen door de woorden "standpunt op en zendt het dat standpunt over" en wordt de zin "Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies." opgeheven;

2° in het derde lid wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt".

Art. 23. In artikel 41 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het eerste lid aangevuld met de woorden "over de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid";

2° in paragraaf 1 worden het derde en het vierde lid vervangen als volgt:

"De Minister deelt zijn beslissing tot schorsing wegens dringende noodzakelijkheid zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige onthaalouder. De zelfstandige onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de schorsingsbeslissing door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het derde lid, geldt de beslissing als bevestigd.;"

3° in § 1, vijfde lid, wordt de zin "Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken zelfstandige onthaalouder bezorgd." opgeheven en worden de woorden "van de beslissing" vervangen door de woorden "van de in de vorige paragraaf genoemde beslissingen".

Art. 24. In artikel 42, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "geschorst" vervangen door de woorden "geschorst overeenkomstig artikel 40, § 1, derde lid, of de beslissing tot schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 41, § 1, vierde lid".

Art. 25. In artikel 50 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "van de betreffende leeftijd" vervangen door de woorden "van nul tot zes jaar";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "van de betreffende leeftijd" vervangen door de woorden "van nul tot zes jaar";

3° in § 3, eerste lid, worden de woorden "een in de tijd beperkte afwijking" opgeheven en worden de woorden "van de betreffende leeftijd" vervangen door de woorden "van nul tot zes jaar";

4° in § 3, tweede lid, worden de woorden "advies op en zendt het over" vervangen door de woorden "standpunt op en zendt het dat standpunt over" en wordt de zin "Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies." opgeheven;

5° in § 3, derde lid, wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt";

6° in paragraaf 3 wordt het vierde lid vervangen als volgt:

"De verhoging van het maximale aantal is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De verhoging kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.;"

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - Ongeacht het overeenkomstig de paragrafen 1 tot 3 vastgelegde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen kunnen de kinderen die worden opgevangen door een zelfstandige onthaalouder die plots ziek wordt, hoogstens per drie gelijktijdig met het oog op opvang verdeeld worden over andere zelfstandige onthaalouders, zonder

dat het aantal van negen gelijktijdig aanwezige kinderen per zelfstandige onthaalouder mag worden overschreden. De ziekte wordt gestaafd met een door een arts uitgereikt ziekteattest.

De afwijking vermeld in het eerste lid is beperkt tot een periode van hoogstens veertien kalenderdagen per ziektegeval.

De afwijking moet onmiddellijk schriftelijk worden meegedeeld aan het departement, bij voorkeur via e-mail."

Art. 26. In artikel 50.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt § 1, eerste lid;

2° het vijfde lid wordt § 2, eerste lid;

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid is het maximaal aantal opvangplaatsen dat met toepassing van § 1, eerste en tweede lid, wordt gesubsidieerd, beperkt tot het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters, voor zover voor elke extra opvangplaats aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1° de opvangplaatsen die worden gesubsidieerd in het kader van een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters, zijn, over het hele jaar genomen, gemiddeld minstens twee dagen per week voor hele dagen bezet. Sluitingsdagen van zelfstandige onthaalouders tellen niet mee voor de berekening van het jaarlijkse gemiddelde;

2° uiterlijk op 31 januari van het volgende jaar dienen de zelfstandige mede-onthaalouders bij het departement een aanwezigheidsregister in waaruit blijkt dat ze voldoen aan de voorwaarde vermeld in 1°."

Art. 27. In artikel 53, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "advies op en zendt het over" vervangen door de woorden "standpunt op en zendt het dat standpunt over" en wordt de zin "Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies." opgeheven;

2° in het derde lid wordt het woord "advies" vervangen door het woord "standpunt".

Art. 28. In hetzelfde besluit wordt een artikel 58.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 58.2 - De zelfstandige onthaalouders die erkend zijn op 1 januari 2023, blijven als erkend beschouwd worden voor de duur die in de erkenningen van de betrokken zelfstandige onthaalouders is vastgelegd.

De afwijkingen die op 1 januari 2023 overeenkomstig artikel 19, § 2, of artikel 50, § 3, zijn toegestaan, blijven gelden voor de duur die in de toegestane afwijkingen is vastgelegd."

Art. 29. In de bijlage van hetzelfde besluit wordt in de bepaling onder 6° het woord "centrum" vervangen door de woorden "centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren".

Art. 30. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2023, met uitzondering van: 1° artikel 8, 2°, e), en 3°, d) en e), die uitwerking hebben met ingang van 1 oktober 2022; 2° artikel 8, 1°, en 2°, a) tot c), alsmede 3°, a) tot c), die uitwerking hebben met ingang van 1 november 2022.

Art. 31. De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 22 december 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204710]

14. MÄRZ 2023 — Ministerieller Erlass zur Anerkennung auf unbestimmte Dauer der Gemeinde Amel als Träger der Notaufnahmewohnung gelegen in 4770 Amel, Alte Hofstraße 1

DER VIZE-MINISTERPRÄSIDENT, MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

Aufgrund von Artikel 4 bis 6 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund des Antrags der Gemeinde Amel vom 04. November 2022 auf Anerkennung als Träger der Notaufnahmewohnung;

Aufgrund der Inspektion der Notaufnahmewohnung und des dazu erstellten Berichtes vom 23. Januar 2023,

Beschließt:

Artikel 1 - Die Gemeinde Amel wird als Träger einer Notaufnahmewohnung gelegen in 4770 Amel, Alte Hofstraße 1 auf unbestimmte Dauer anerkannt.

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt rückwirkend ab dem 1. Januar 2023 für eine unbestimmte Dauer in Kraft.

Art. 3 - Das ÖSHZ Amel ist für die soziale Begleitung der in der anerkannten Notaufnahmewohnung untergebrachten Personen zuständig.